



VII. 2. 11. 235
Nr. 12.

Statut

über die

**Zusammensetzung des Stadt-Magistrats
zu Braunschweig, die Hilfsbeamten desselben
und die Gemeindediener, sowie die Dienst- und
Gehalts-Verhältnisse der städtischen Beamten
und Diener.**

Unter Aufhebung des Statuts vom 27. November 1871 wird über die Zusammensetzung des Stadt=Magistrats zu Braunschweig, die anzustellenden Hilfsbeamten und die anzunehmenden Gemeindediener, sowie über die Dienst= und Gehalts=Verhältnisse der städtischen Beamten und Diener, den Bestimmungen der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 gemäß, nach gemeinschaftlichem Beschlusse des Stadt=Magistrats und der Stadtverordneten zu Braunschweig, Folgendes statutarisch festgesetzt.

§. 1.

Der Stadt=Magistrat zu Braunschweig soll aus einem Vorsitzenden und sechs anderen Mitgliedern bestehen, von denen zwei, gleich dem Vorsitzenden, eine feste Befoldung erhalten.

§. 2.

Die besoldeten Mitglieder sollen aus der Zahl der Rechtsgelehrten gewählt werden, welche ein Staatsexamen bestanden haben und wenigstens 5 Jahre im

Staats- oder städtischen Dienste angestellt gewesen sind, oder eben so lange die advocatorische Praxis betrieben haben.

§. 3.

Der Vorsitzende des Stadt-Magistrats empfängt neben freier Wohnung im Stadthause, freier Gasbeleuchtung und freier Benutzung der Wasserleitung in dem zu seiner Wohnung dienenden Theile des Stadthauses, welches ihm bei seiner etwaigen Pensionirung zu 500 \mathfrak{M} oder 1500 Mark angerechnet wird, einen jährlichen Gehalt von 2500 bis 3500 \mathfrak{M} oder 7500 bis 10,500 Mark; jedes der besoldeten Mitglieder einen solchen von 1400 bis 2000 \mathfrak{M} oder 4200 bis 6000 Mark.

Die beiden besoldeten Magistrats-Mitglieder erhalten nach dem Ablaufe von drei Jahren, die Zustimmung der städtischen Behörden vorausgesetzt, regelmäßig eine Gehaltsverbesserung von 100 \mathfrak{M} oder 300 Mark bis zum Maximum.

§. 4.

Zur Aushülfe bei den Geschäften kann ein Stadtsécrétaire, als Hülfbeamter angestellt werden. Wird solches auf Antrag des Stadt-Magistrats von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, so erfolgt

die Wahl nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 122 der revidirten Städteordnung. Zugleich wird dann über den demselben auszufehenden Gehalt und die übrigen Bedingungen seiner Anstellung Bestimmung getroffen.

§. 5.

Als Hilfsbeamte des Stadt-Magistrats, bei den von demselben zu besorgenden Geschäften sind anzustellen:

- 1) ein Revisor, vornehmlich zur Revision der Stadt-Cassen-Rechnung und der vom Stadt-Magistrate abzunehmenden Rechnungen, mit einem jährlichen Gehalte von 700 bis 1100 \mathfrak{M} , oder 2100 bis 3300 Mark,
- 2) ein Registrator mit einem Gehalte von 600 bis 1000 \mathfrak{M} jährlich, oder 1800 bis 3000 Mark,
- 3) ein Rendant für die Armen-Casse, dessen Gehalt in jedem einzelnen Falle festgesetzt wird.

§. 6.

Unter der Aufsicht des Stadt-Magistrats werden als Hilfsbeamte beschäftigt:

- 1) ein Stadtarchivar mit einem Gehalte von 800 bis 1200 \mathfrak{M} , oder 2400 bis 3600 Mark jährlich,
- 2) ein Stadtbaumeister, mit einem jährlichen Gehalte von 1200 bis 1800 \mathfrak{M} oder 3600 bis 5400 Mark nebst einer Entschädigung von 100 \mathfrak{M}

oder 300 Mark jährlich für Unterhaltung eines
Büreaulocals und Erstattung seiner Büreaufkosten
auf Liquidation,

- 3) ein Stadt=Cämmerer, dessen Gehalt einschließlich
der Entschädigung für etwaige Cassenverluste,
1000 bis 1400 ₰ oder 3000 bis 4200 Mark
jährlich betragen soll. Ob und in wie weit der
Cämmerer auch die Büreaufkosten der Stadtcasse
zu tragen habe, ist in dem mit demselben abzu=
schließenden Dienstvertrage zu bestimmen,
- 4) ein Stadtcassen=Controleur mit einem jährlichen
Gehalte von 600 bis 1000 ₰ oder 1800 bis
3000 Mark,
- 5) ein zweiter Stadtcassen=Controleur mit einem
jährlichen Gehalte von 400 bis 800 ₰ oder
1200 bis 2400 Mark und
- 6) ein Ober=Armenarzt, dessen Gehalt in jedem
einzelnen Falle festgesetzt wird.

§. 7.

Zur Beforgung des städtischen Bauwesens unter
der Oberaufsicht und obern Leitung des Stadtbaumeisters
werden angestellt:

- 1) ein wissenschaftlich gebildeter Beamter (Ban-Con=
ducteur für den Hochbau mit einem Gehalte von

800 bis 1000 \mathfrak{M} oder 2400 bis 3000 Mark jährlich,

- 2) ein Beamter für den Wegebau mit einem gleichen Gehalte,
- 3) drei technische Hilfsbeamte zu Bureauarbeiten und zur Aufsichtsführung auf den Baustellen und zur Beaufsichtigung der Bauten mit einem Gehalte von 400 bis 700 \mathfrak{M} oder 1200 bis 2100 Mark jährlich.

§. 8.

Als Gemeindediener werden angestellt:

- 1) die erforderliche Zahl von Marktmeistern und Executoren mit einem festen jährlichen Gehalte von 300 bis 400 \mathfrak{M} oder 900 bis 1200 Mark, und den ihnen für ihre Dienstleistungen ausgesetzten Gebühren. Uebrigens steht dem Stadt-Magistrate die Befugniß zu, mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung nach seinem Ermessen die Geschäfte der Marktmeister unter die Executoren zu vertheilen, ohne daß demjenigen der durch Abnahme von Dienstgeschäften einen Theil seiner Einnahme verliert, ein Rechtsanspruch auf Entschädigung erwächst, vielmehr

hängt dieses lediglich von dem Ermessen der städtischen Behörden ab,

- 2) die erforderliche Anzahl von Magistratsdienern, welche einen jährlichen Gehalt von 350 bis 450 z^{f} oder 1050 bis 1350 Mark bekommen und von denen der eine außerdem freie Wohnung im Stadthause, freie Heizung und freie Erleuchtung hat. Diese Dienstemolumente sind jedoch widerruflich.

§. 9.

Die Zahlung der Gehalte erfolgt in monatlichen Raten, praenumerando, aus der Stadtcasse, für den Ober-Armenarzt und den Rendanten der Armen-Casse aber aus der letzteren.

§. 10.

Die Anstellung der drei besoldeten Magistrats-Mitglieder, sowie der Hilfsbeamten des Stadt-Magistrats, mit Ausschluß des Ober-Armenarztes und die Anstellung der beiden wissenschaftlich gebildeten Gehülfen des Stadtbaumeisters geschieht auf Lebenszeit, die der Gemeindediener auf Kündigung. Rücksichtlich des Ober-Armenarztes wird der mit demselben abzuschließende Dienstvertrag das Nähere bestimmen.

§. 11.

Besoldete städtische Beamte unterliegen den Vorschriften des Gesetzes vom 15. April 1873 № 15 und bedürfen außerdem zur Uebernahme von Nebenämtern oder Geschäftsführungen irgend welcher Art für Privatpersonen der Zustimmung der städtischen Behörden.

§. 12.

In Betreff der Auflösung des Dienstverbandes der auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten finden die Bestimmungen der §§. 80 bis 93 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 mit der durch den §. 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1864 № 32, festgesetzten Abänderung des §. 88 der revidirten Städteordnung, und den durch die §§. 13 bis 17 incl. des Gesetzes vom 22. December 1870 № 113 angeordneten Modificationen Anwendung, jedoch mit folgenden Abänderungen:

- 1) die Hilfsbeamten haben sich, wenn nicht in dem Dienstvertrage eine abweichende Bestimmung getroffen wird, einer dreijährigen Probezeit zu unterwerfen, innerhalb welcher sie durch einen in vereinigter Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten gefaßten Beschluß ohne jeden Anspruch auf Entschädigung entlassen werden können;

- 2) die Hilfsbeamten des Stadt-Magistrats können wegen wiederholter Dienstvernachlässigungen, welche Ordnungsstrafen nöthig gemacht haben, oder wegen unwürdigen Betragens, auf Beschluß der vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten entlassen werden, ohne dann einen Anspruch auf Pension zu haben.

§. 13.

Die Anstellung der Gemeinbediener geschieht auf Kündigung. Diese kann nur nach erfolgtem übereinstimmenden Beschlusse des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung geschehen, und es sollen die Gemeinbediener bei fortgesetztem guten Betragen, nach den für die Staatsdiener zweiter Classe geltenden Grundsätzen pensionirt werden, wenn sie wegen Alters, Krankheit oder sonstiger Unglücksfälle dienstunfähig werden.

§. 14.

Bei Berechnung der Pensionen werden diejenigen Beträge zum Grunde gelegt, von denen der zu Pensionirende zur Wittwen-Casse beigetragen hat.

§. 15.

Im Falle des Todes eines im Dienste befindlichen oder pensionirten städtischen Beamten sollen die hinter-

lassene Wittwe und dessen eheliche Descendenten außer dem Sterbemonate noch zwei f. g. Gnadenmonate erhalten.

§. 16.

Der Stadt=Cämmerer hat dem Stadt=Magistrate zur Sicherung wegen der gehörigen Erfüllung der ihm obliegenden Verbindlichkeiten, besonders der Erhebung, Verrechnung und Ablieferung der von ihm zu vereinnehmenden Gelder, eine von dem Stadt=Magistrate und der Stadtverordneten=Versammlung in jedem einzelnen Falle zu bestimmende, jedoch nicht unter 2000 \mathfrak{f} oder 6000 Mark betragende Caution durch Grundstücke, Obligationen, baares Geld oder sichere Bürgen zu bestellen.

Von dem Rendanten der Armen=Casse ist eine Caution von 1000 \mathfrak{f} oder 3000 Mark, und von jedem der Marktmeister und Executoren eine solche von 500 \mathfrak{f} oder 1500 Mark in gleicher Weise zu bestellen.

Auch von den Stadtcassen=Controleuren kann die Bestellung einer Caution gefordert werden, deren Höhe in jedem einzelnen Falle von den städtischen Behörden bestimmt werden wird.

§. 17.

Der Umfang der Geschäfte der Hülfbeamten des Stadt=Magistrats, sowie der Gemeinbediener, wird durch

die denselben vom Stadt-Magistrate zu ertheilenden Instructionen festgesetzt.

§. 18.

Für die bei dem Stadt-Magistrate, der Armen-Verwaltung und der Stadtcasse vorkommenden Bureauarbeiten hat der Stadt-Magistrat das nöthige Schreiber-Personal anzunehmen und die Verwilligung der erforderlichen Geldmittel durch die Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen.

Die angenommenen Schreiber können von dem Stadt-Magistrate jederzeit entlassen werden, dieselben sollen jedoch, wenn sie sich gut betragen und wegen Alters oder Krankheit dienstunfähig werden, eine Pension gleich den übrigen städtischen Unterbeamten erhalten. Nach Ablauf von 5 Jahren können die Schreiber, welche selbstständige Geschäfte besorgen, von dem Stadt-Magistrate mit Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung fest angestellt werden. Sie erhalten dann einen Gehalt von 400 bis 600 fl oder 1200 bis 1800 Mark und unterliegen den Bestimmungen in §. 12 unter N. 2.

Vorstehendes Statut wird, nachdem dasselbe durch das
Rescript Herzogl. Staats-Ministeriums vom 17. d. Mts.
№ 8519, genehmigt worden ist, hiermit veröffentlicht.

Braunschweig, am 19. November 1874.

Der Stadt-Magistrat.

H. Caspari. A. Bammel. F. Rittmeyer.

H. Bardenwerper. G. O. Carstens.

C. W. Ramdohr.

